

Bundestagswahlen und ehemalige Nationalsozialisten

Zwei Tatsachen sind es, die als besondere Unsicherheitsfaktoren im gegenwärtigen Wahlkampf zu verzeichnen sind. Die eine betrifft das bisher nachzuweisende Nichtinteresse eines sehr großen Teiles der 20- bis 25jährigen Wahlberechtigten an den politischen Entscheidungen. Etwa die Hälfte dieser Jahrgänge hat sich z. B. an den niedersächsischen Gemeindewahlen überhaupt nicht beteiligt. Die andere Tatsache aber ist die gewisse Rückbesinnung auf das ehemalige Bekenntnis zum Nationalsozialismus bei sehr vielen Zeitgenossen und das aufquellende Ressentiment über die angewendeten Entnazifizierungsmethoden (die heute kein Mensch mehr zu rechtfertigen versucht). Hinzu kommt die Werbung um die „Ehemaligen“, die von verschiedenen Parteien und Gruppen mit verschiedenen Zielen betrieben wird. Sie trägt teils rein neonazistische Züge, zu denen stets eine Rechtfertigung der „guten Seiten“ des Nationalsozialismus gehört, teils bedenkenlos parteiegoistische.

Fast alle ehemaligen Nationalsozialisten sind heute wieder gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik. Gegen ihre Teilnahme an den politischen Auseinandersetzungen im Rahmen der Gesetze ist daher vom Rechtsstandpunkt nichts zu sagen. Man kann ihnen nicht vorschreiben, wieviel sie gelernt haben müßten, um wieder auf der politischen Bühne erscheinen zu dürfen. Allerdings gibt es auch das ungeschriebene Gebot des Taktes, gegen das eine Reihe von ehemals führenden Nationalsozialisten gegenwärtig gröblich verstößt, dessen Beachtung jedoch nicht mit staatlichen Zwangsmitteln gesichert werden kann.

Fahrlässigen Chauffeuren wird der Führerschein, versagenden Generalen das Kommando entzogen. Politikern gegenüber, die ein Volk ins Unglück führen, ist die oberste Instanz das Volk selbst, das seine Rechte sucht. In unserem Falle konnte es nach der totalen Niederlage und der Aufhebung jeder Souveränität nicht das deutsche Volk sein, das gegen die Verbrechen des braunen Regimes auftrat, selbst wenn Einsicht und Wille dazu getrieben hätten. Es waren die Alliierten, die den Nationalsozialismus besiegten und nach unklugen Methoden und eigenen Gesichtspunkten verurteilten. Dies hat dem 1945 für das deutsche Volk erledigten Nationalsozialismus, dem von allen Seiten eine Flucht in die Demokratie als einziger verbliebener Chance folgte, eine gewisse Virulenz erhalten. In das alte Unrecht wurde so viel neues gemischt, daß das endgültige Urteil über den Nationalsozialismus erschwert und die Abkehr von ihm gehemmt wurde. „Ehemalige“ wurden zu einer politisch schädlichen, aber an ihnen kaum zu tadelnden Solidarität veranlaßt, die größtenteils hätte vermieden werden können. Heute haben wir nun den lauten Protest, die nationalistischen Argumente gegen die Alliierten und den mit allen Mitteln der Verleumdung geführten Kampf gegen die 45er — jene Männer und Frauen, die zwar für die höllischen Bedingungen des Neuanfangs in Deutschland keine Verantwortung tragen, aber die Belastungen der ersten Jahre auf sich nahmen, um deutscher Politik wieder Möglichkeiten zu eröffnen.

Das Auftreten der bewußt „Ehemaligen“, die also nicht im eigentlichen Sinne ehemalige Nationalsozialisten sind, weil sie ihre politische Vergangenheit nicht überwunden haben, bedeutet einen Ungewißheitsfaktor. Davon gingen wir aus. Es ist offenkundig, daß in gewissen Kreisen der Appell an die „Ehemaligen“, sie möchten wieder mitmachen, das „nationale“ Deutschland brauche sie, zieht. Viele fühlen sich auch selber getrieben, Propagandaerfahrungen neu nutzbar zu machen. Wir haben erlebt, daß die SRP in Niedersachsen weit über 300 000 Stimmen erhielt, die meisten nur ihrer neonazistischen Haltung wegen. Wir kennen die Alarmrufe aus dem In- und Ausland, die düsteren Hinweise auf Parallelen der Entwicklung. Welchen Grades aber ist die Gefahr wirklich? Welche Aussichten hat die Bewegung der „Ehemaligen“?

Ehemalige und „Ehemalige“

Die erste Feststellung, nicht eine exakt statistische, aber durch Erfahrungen erhärtete, ist diese, daß ungezählte ehemalige Nationalsozialisten, namentlich jüngere, ihre Vergangenheit kritisch betrachten, daß sie skeptisch geworden sind gegenüber ähnlich klingenden Parolen und zu einem großen Teil ehrlich mitarbeitensbereit. Sie haben ihr altes Lager aus Überzeugung verlassen.

Daneben gibt es Hunderttausende, die noch in einer Abwartestellung verharren, weil sie verständnislos behandelt wurden oder weil sie sich nicht aufrufen wollen, weil ihnen die Schwäche der Weimarer Republik das Vertrauen auf die neue verleidet, oder weil sie überhaupt politikscheu geworden sind. Unter ihnen sind zweifellos viele, die neuen Lockungen in der alten Tonart nicht mehr folgen werden.

Wie groß die Gruppe derer ist, die aus nationalistischen oder persönlichen Ressentiments, aus Ablehnung der Demokratie, aus „Treue“ und Verbitterung bewußte „Ehemalige“ sind, läßt sich noch nicht sagen. Gewiß ist jedoch, daß ihr keine entscheidende Bedeutung zukommt, so unerwünscht, störend und das Bild deutscher Entwicklung belastend sie auch sein mag. Objektiv gesehen ist sie ohne Aussichten. Das Dilemma der Kommunisten, die einerseits als wahre deutsche Nationalisten auftreten, andererseits orthodoxe Vertreter des russischen Imperialismus sind, ist viel zu deutlich, als daß unsere Neonazis ein offenes Zusammenspiel mit dem Osten beginnen könnten. Diese Tatsache der Aussichtslosigkeit ihrer politischen Träume wird allerdings echte Neonazis nicht abhalten, weiter im alten Sinne tätig zu sein. Wirtschaftliche Gegensätze, harte Schicksale, Verzweiflung, Übermut, Vergeßlichkeit, Selbstbemitleidung und kreatürliches Rechtfertigungsstreben mögen ihnen zuweilen „recht“ geben. Es wäre ja ein Wunder, wenn das deutsche Volk nach allem Erlebten insgesamt ohne Gärungsstoffe wäre, sich als seelisch gesund und krisenfest erweise. Darin liegt die begrenzte Chance des Neonazismus.

Denjenigen, die — im Zusammenhang mit dem überraschenden Wahlerfolg der SRP in Niedersachsen vor zwei Jahren — von einer Parallelität der Situation zu der von 1931 oder gar 1932 sprachen, muß zunächst erwidert werden, daß sogenannte geschichtliche Parallelen stets nur scheinbar sind. Auch wenn gewisse Ereignisse stark erinnert werden, wenn ihre Umrisse durch den Fluß der Entwicklung durchschimmern, so kehrt die Geschichte doch nie zurück — es sei denn in der Art einer Spirale, auf einer anderen Ebene. So reizvoll die Betrachtung historischer Parallelen sein kann, sie sollte nie zu einer Lähmung aktuellen Denkens und Handelns verführen. Wir haben gegenwärtig weder eine solche einheitliche Massenhaftigkeit sozialer Gärungsstoffe wie 1932 noch Bündnisverhältnisse wie die Harzburger Front. Auch die Neonazis täuschen sich, wenn sie glauben, eine historische Parallele exerzieren zu können.

Die Frechheit, mit der heute deutsche Geschichten von grollenden Patrioten und angeblich besorgten Europäern feilgeboten werden, mit der die Demokratie als „frischgestrichene Coca-Cola-Bude“ gekennzeichnet wird und ihre alten Todfeinde als wackere Männer und gute Deutsche hingestellt werden, macht unleugbar in weiten Kreisen Eindruck. Illustrierte Zeitungen und Buchverleger nutzen hemmungslos die Konjunktur. Der literarische Beweis, nichts gelernt zu haben, scheint oftmals die Voraussetzung für den Erfolg. Das ist bestürzend. Es ist aber auch die psychologisch erklärbare Folge der Tatsache, daß altes Unrecht seitens der Sieger durch neues liquidiert werden sollte. Hinzu kommt ein anderes. *Dr. Kurt Schumacher* hat einmal gesagt, die Stammtischatmosphäre sei eine politische Großmacht in Deutschland. Auf diese Atmosphäre, in der nicht das demokratische Gespräch, sondern sture Selbstbestätigung und politische Heimtücke gepflegt werden, sind jene wahrheitsfeindlichen „Tatsachenberichte“ gemünzt, die einer vernünftigen Besinnung auf das Selbsterfahrene und seine Lehren im Wege stehen.

Wir werden mit den „Ehemaligen“, den Vorgestrigen, die an scheinbare Parallelen der Lage wieder anknüpfen möchten, noch einiges zu tun bekommen. Noch einmal aber: sie sollten nicht überschätzt werden. Nur wer übersehen hat, daß antidemokratische und nationalistische Kräfte nach 1945 virulent blieben, daß eine echte Überwindung nicht durch den Sieg der Alliierten gewährleistet werden konnte, kann überrascht sein von den häßlichen Erscheinungen in unserer Publizistik und in vielen Versammlungen.

„Nationale Sammlung“ in Splittern

Finden wir zur Zeit für neonazistische und antidemokratische Verkündungen eine spürbare Aufnahmebereitschaft, die allerdings die Jugend kaum ergriffen hat, so ist andererseits zu beobachten, daß die organisatorischen Ansätze der „Ehemaligen“ schwach, die Führer meist konzeptionslos, uneinig und drittrangig sind. Nicht alle. Es gibt auch so zielstrebige Antidemokraten wie den Staatssekretär a. D. *Naumann*.

Er und eine Reihe seiner Freunde unternahmen den wohlberechneten Versuch, eine Partei, die FDP in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, personell und ideologisch zu unterwandern. Sie hatten beträchtliche Anfangserfolge. Wenngleich die bisher veröffentlichten Naumann-Akten kaum ein sicheres Bild aller Beziehungen geben, so vermittelten sie doch einen Eindruck der Möglichkeiten, die solche Bestrebungen dank demokratischer Unzuverlässigkeit in einigen Parteien haben. Die FDP hat den Fall Naumann noch nicht zu bereinigen vermocht. In Niedersachsen ist es zum offenen Bruch zwischen liberalen Funktionären und dem Landesvorstand gekommen, der ebenso der „Pflicht nach rechts“ folgte wie *Dr. Middelhauve* in Nordrhein-Westfalen. Wieweit der FDP nun die „Ehemaligen“ zulaufen werden, bleibt abzuwarten.

Die DP hat in einer Reihe paralleler parteiinterner Auseinandersetzungen mehrere frühere Nationalsozialisten in den Hintergrund treten lassen, andere Herolde der „Nationalen Opposition“ — in Hessen — als Querulanten und Quertreiber ausgeschlossen. Ihr Hamburger Landesverbandsvorsitzender trat zur „Deutschen Solidarität“ über, einer neugegründeten Gruppe mit SRP-Ähnlichkeit. Doch bleiben der Partei einige bekannte frühere NS-Funktionäre als Aushängeschilder. Sie sind nicht gleichartig zu bewerten. Man muß sich hüten, jeden bekannteren ehemaligen NS-Führer, der in einer „bürgerlichen“ Partei auftaucht, als Verschwörer anzusehen. Dies um so mehr, als sich jetzt herausstellt, daß die echten „Ehemaligen“ eine eigene „Nationale Sammlung“ gegen das „Bonner System“ suchen.

Im Zuge dieser Bestrebungen ist es zu einigen Zusammenschlüssen kleiner und kleinster Gruppen schon gekommen, keineswegs aber zu einer Sammlung aller Gruppen, deren Programme, Aufbau- und Ordnungsverheißungen neonazistische Züge tragen und die im einzelnen schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Am 19. Juli wurde auf dem „Reichstag der nationalen Sammlung“ in Mannheim die „Nationale Sammlung“ als Partei konstituiert. Es handelt sich um einen Zusammenschluß der „Deutschen Gemeinschaft“ (*Haußleiter*), des „Deutschen Blocks“ (*Meißner*) und der loserer „Deutschen sozialen Bewegung“ (*Priester*). *Haußleiter* erklärte, daß sich weitere achtzig Gruppen der neuen Partei angeschlossen hätten. *Priester* äußerte sich: „Die Stunde der Frontgenerationen Deutschlands und Europas ist gekommen. Heil Deutschland!“

Nicht Neigung, sondern die Not der Fünf-Prozent-Klausel im Bundeswahlgesetz hat die erwähnten Gruppen zusammengeführt. Im „Deutschen Block“ hat man sich schon die Mühe gemacht, eine pazifistische Rede des Schreibstübensoldaten *Haußleiter* auszugraben, die dieser als CSU-Abgeordneter 1947 gehalten hat.

In Niedersachsen ist zusammen mit den SRP-Vorsitzenden a. D. *Dr. Dorls*, *Dr. Krüger*, dem NS-Regierungspräsidenten a. D. *Mathaei* und dem früheren Organisationsleiter der SRP, *Heller*, der vormalige bayerische Entnazifizierungsminister

ERNST RIGGERT

Loritz in Erscheinung getreten. Er präsentierte die neugegründete „Wirtschaftliche Aufbau-Gemeinschaft (WAG)“ als Sammelbecken der „nationalen Opposition“. In Konkurrenz zu Haußleiter und Meißner versucht er mit seinen Helfern, die früheren Hochburgen der SRP zu erobern. Doris hat mitgeteilt, daß auch der „zwischen Österreich und Deutschland pendelnde“ *Otto Ernst Remer* von der Partie sei. Das wäre die zweite Marschsäule der Vorgestrigen.

Eine dritte, von deren letzten organisatorischen Verabredungen noch nichts bekannt ist, ist um „Reichsblock“ und „Deutsche Rechtspartei (DRP)“ im Entstehen. In ihr wirkt der General a. D. *Andrae*, der seine provokatorischen Reden unter dem Thema „Wir Kriegsverbrecher“ zu halten pflegt und die „Abrechnung mit den 45ern“ sucht.

Als „nationale und soziale Opposition“ tritt sodann unter Mitwirkung des Generalarbeitsführers a. D. *von Bothmer*, früherem Mitvorsitzenden der SRP, die „Frei-Soziale Union“ auf, die wieder mit der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ *Dr. Heinemanns* und *Helene Wessels* liiert ist und über diese auch mit dem ostorientierten „Bund der Deutschen“ des Reichskanzlers a. D. *Wirth*. Die ersten Wochen des Wahlkampfes schon haben den großspurig aufgetretenen Gruppen bewiesen, daß sie allein völlig hoffnungslos bleiben müssen. Sie haben sich also zusammengetan, obgleich diese Vereinigung gutbürgerlicher Demokraten (*Heinemann*, *Wessel*) mit freiwirtschaftlichen Sektierern, „Ehemaligen“ und dem kommunistenfreundlichen *Dr. Wirth* eine groteske Verirrung ist. Eine vage Übereinstimmung, die allerdings von ganz verschiedenen Vorstellungen ausgeht, kann nur in dem Kampf für die Neutralisierung Deutschlands gefunden werden. Zu diesem Verein gehörte anfänglich auch *Prof. Ulrich Noack* mit seiner „Freien Mitte“. Die Gesellschaft wurde ihm so unheimlich, daß er sich kürzlich losgesagt hat. Dem deutschen Wähler wird es genügen, zu wissen, daß diese widerspruchsvolle Gemeinschaft den Kommunisten willkommen ist.¹⁾

Bis zu den Wahlen am 6. September sind weitere Überraschungen möglich. Die eine oder die andere Gruppe mag sich, ihrer Erfolglosigkeit gewiß, noch mit anderen zusammmentun. Überzeugungskraft könnten solche Schritte kaum mehr haben. Auch im BHE dürfte übrigens das Wort „Entrechtete“ hie und da besonders betont werden. Eine Zugkraft in dieser Hinsicht könnte diese Partei höchstens in einigen Wahlkreisen entwickeln, in denen die Beziehungen zur „Deutschen Gemeinschaft“ schon älter sind.

Im ganzen gesehen dürfte die Bundestagswahl einen Überblick über Zahlen und Einflußgebiete jener antidemokratischen Kräfte ermöglichen, die als „Ehemalige“ ihre Vorgestrigkeit für die Zukunft erhalten möchten. Der Weg der Unterwanderung, der Tarnung, Geduld und Intelligenz voraussetzt, leuchtet der Masse kaum ein. Die offene Kampfansage gegen Bonn, gegen den „Marxismus“, gegen die 45er, gegen den DGB hat sich durchgesetzt. Die alten Parolen — „die Frontgeneration und ihr Führungs- und Ordnungsanspruch“, „nationale Opposition“, „deutscher Aufbruch“ — feiern zum Geschmetter von Militärmärschen fröhliche Urständ. Keine massenpsychologische Anweisung des Demagogen Hitler bleibt unbeachtet.

Die „Ehemaligen“ kehren in die Politik zurück, in der sie bis 1945 mehr an Trümmern und Elend, Tränen und Tod verursacht haben als je ein vorheriges Regime in Deutschland. Wenn jeder Demokrat seine und jede demokratische Organisation ihre Pflicht tut, wird es kaum lange dauern, bis sie zu echt ehemaligen Größen geworden sind. Dazu werden auch die vielen mithelfen, die ehemalige Funktionäre, Mitglieder und Gläubige des Nationalsozialismus gewesen sind, Irrtum und Mitverantwortung aber erkannt haben. Ein Deutschland, das seine Zukunft liebt und erkennt, daß diese nur auf demokratischem Wege gesucht werden kann, wird die reaktionären Krampfanfälle ein für allemal überstehen.

1) Inzwischen hat auch die FSU das Wahlbündnis gekündigt.